
(Name, Vorname)

(Ort, Datum)

Präsidentin/Präsidenten
des Landgerichts
Postfach 10 10 64
47710 Krefeld

Juristischer Vorbereitungsdienst

Ausbildung bei einer Rechtsanwältin oder einem Rechtsanwalt
gemäß § 35 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 JAG NRW

Ich möchte meine zehnmonatige Ausbildung bei einer Rechtsanwältin oder einem
Rechtsanwalt (Rechtsanwaltsstation) ab dem

(Datum)

in einem zwei drei Teil/Teilen absolvieren.

Meiner Wahl entsprechend habe ich ein zwei drei Formblatt/Formblätter
RefN 52 a zur Benennung einer Ausbilderin oder eines Ausbilders beigelegt.

Besondere Erklärungen:

Als Zustellungsbevollmächtigte/n für die Dauer der Ausbildung während der
Rechtsanwaltsstation außerhalb des Geltungsbereichs des Deutschen Richtergeset-
zes benenne ich (*soweit erforderlich, vgl. Ziffer 3 der Hinweise auf der Rückseite*):

Frau/Herrn (Name, Vorname) _____

(Anschrift) _____

(Telefonnummer) _____

Während meiner Ausbildung in der Rechtsanwaltsstation außerhalb Nordrhein-
Westfalen möchte ich an den hiesigen Arbeitsgemeinschaften nicht teilnehmen (*vgl.
Ziffer 4 der Hinweise auf der Rückseite*). Hierzu verweise ich auf das anliegende
Formblatt RefN 52 c.

Unterschrift:

Hinweise:

1.

Antragsfrist:

Der vollständige Antrag muss Ihrer **Stammdienststelle** spätestens zwei Monate vor dem Beginn der Rechtsanwaltsstation vorliegen.

2.

Teilung der Rechtsanwaltsstation:

Die Ausbildung kann während des gesamten zehnmonatigen Zeitraums bei derselben Ausbilderin oder demselben Ausbilder abgeleistet werden. Möglich ist aber auch die Teilung der Rechtsanwaltsstation in zwei oder drei aufeinander folgende Ausbildungsabschnitte, wobei jeder Abschnitt nicht weniger als drei Monate umfassen soll (vgl. § 35 Abs. 5 Satz 3 JAG NRW).

3.

Besondere Ausbildungsstellen:

Ein Abschnitt kann bis zu drei Monaten bei einer Notarin oder einem Notar, einem Unternehmen, einem Verband oder bei einer sonstigen Ausbildungsstelle, bei der eine sachgerechte rechtsberatende Ausbildung gewährleistet ist, abgeleistet werden (vgl. § 35 Abs. 4 JAG NRW).

Ein Abschnitt kann bis zu sechs Monaten bei einer ausländischen Rechtsanwältin oder einem ausländischen Rechtsanwalt abgeleistet werden (vgl. § 35 Abs. 5 Satz 2 JAG NRW). In diesem Fall ist eine zustellungsbevollmächtigte Person zu benennen, die ihren Wohnsitz innerhalb des Geltungsbereichs des Deutschen Richtergesetzes hat.

Zu beachten ist, dass die während der ersten vier Ausbildungsstationen im Ausland absolvierten Ausbildungszeiten insgesamt acht Monate nicht überschreiten dürfen.

Die Zuweisung zu einer der vorgenannten Ausbildungsstellen kann nur erfolgen, wenn neben dem Antrag RefN 52 a auch die entsprechende Einverständniserklärung der Ausbilderin oder des Ausbilders (*der Vordruck RefN 52 b ist in diesem Formular enthalten*) fristgerecht vorgelegt wird.

4.

Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften:

Grundsätzlich ist die Teilnahme an den Arbeitsgemeinschaften Pflicht und geht allen übrigen dienstlichen Pflichten vor, § 45 Abs. 2 Satz 1 JAG NRW.

Sofern die gewünschte Ausbildungsstelle zwar innerhalb des Bundesgebietes, jedoch so weit vom Ort der Arbeitsgemeinschaften entfernt liegt, dass eine Beeinträchtigung des Vorbereitungsdienstes durch ein regelmäßiges Pendeln zu befürchten ist, kann die Zuweisung daher grundsätzlich nur dann antragsgemäß erfolgen, wenn im Bereich der Ausbildungsstelle während des betreffenden Zeitraumes eine Teilnahme an **vergleichbaren** Arbeitsgemeinschaften möglich ist. Die schriftliche Zusage des zuständigen Oberlandesgerichts, die dort von den Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren unmittelbar zu beantragen ist, ist ggf. mit dem Antrag auf Zuweisung zur Gastarbeitsgemeinschaft der Präsidentin des Oberlandesgerichts Düsseldorf auf dem Dienstweg vorzulegen. Eine Befreiung von der Pflicht, an den Arbeitsgemeinschaften teilzunehmen, ist nur in besonders gelagerten Einzelfällen möglich. Sie setzt insbesondere voraus, dass die gewünschte Ausbildung nicht innerhalb Nordrhein-Westfalens oder im Rahmen der letzten drei Ausbildungsmonate möglich ist. Darüber hinaus muss die gewünschte Stelle mit dem bisher gesetzten Ausbildungsschwerpunkt übereinstimmen. Die geltend gemachten Umstände sind durch geeignete Nachweise glaubhaft zu machen.

Sofern die Ausbildung im Ausland erfolgt, kann auf Antrag für die Dauer der Ausbildung eine Befreiung von der Verpflichtung zur Teilnahme an den hiesigen Arbeitsgemeinschaften erteilt werden, §§ 43 Abs. 4 Satz 1, 35 Abs. 5 JAG NRW.

Im Falle einer Befreiung obliegt es der Referendarin/dem Referendar, das im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Vermittelte eigenverantwortlich nachzuholen; eventuelle Versäumnisse gehen allein zu Lasten der/des Befreiten. Eine Teilnahme an der verpassten Arbeitsgemeinschaft zu einem späteren Zeitpunkt ist **nicht** möglich.

5.

Selbstverpflichtung bei Zahlung von Zusatzvergütung

Eine Zuweisung im Rahmen der Rechtsanwaltsstation kann nur nach Unterzeichnung der Selbstverpflichtung durch den Ausbilder/der Ausbilderin erfolgen, auch wenn keine Vergütung gezahlt wird.

Als Ausbilder für die Rechtsanwaltsstation benenne ich

für die Zeit vom _____ bis _____ :

Ausbilderin/Ausbilder (bitte konkrete Person angeben):

gewünschte Ausbildungsstelle:

(Bezeichnung und Postanschrift)

Telefon:

E-Mail:

Die/Der vorgenannte Ausbilderin/Ausbilder

- ist Rechtsanwältin/Rechtsanwalt im Inland und im bei den Rechtsanwaltskammern geführten Verzeichnis der Ausbildungsrechtsanwälte
 - eingetragen.
 - noch nicht eingetragen. Sie/Er ist bereits seit mindestens drei Jahren zur Rechtsanwaltschaft zugelassen und hat einen Antrag auf Eintragung bei der zuständigen Rechtsanwaltskammer gestellt.

Ich versichere, dass die Rechtsanwältin/der Rechtsanwalt mit meiner Zuweisung für den vorgenannten Zeitraum einverstanden ist.

- ist Notarin oder Notar bzw. bei einem Unternehmen, einem Verband oder bei einer sonstigen Ausbildungsstelle tätig, bei der eine sachgerechte rechtsberatende Ausbildung gewährleistet ist (§ 35 Abs. 4 JAG NRW). Eine schriftliche Erklärung der Ausbilderin oder des Ausbilders über die Ausbildungsbereitschaft im vorgenannten Zeitraum
 - habe ich beigefügt
 - werde ich rechtzeitig nachreichen.
- ist eine ausländische Rechtsanwältin oder ein ausländischer Rechtsanwalt (§ 35 Abs. 5 Satz 2 JAG NRW). Die erforderliche zustellungsbevollmächtigte Person habe ich im Antragsvordruck RefN 52 benannt. Eine schriftliche Erklärung der Ausbilderin oder des Ausbilders über die Ausbildungsbereitschaft im vorgenannten Zeitraum
 - habe ich beigefügt
 - werde ich rechtzeitig nachreichen.

Als Ausbilder für die Rechtsanwaltsstation benenne ich

für die Zeit vom _____ bis _____ :

Ausbilderin/Ausbilder (bitte konkrete Person angeben): _____

gewünschte Ausbildungsstelle: _____

(Bezeichnung und Postanschrift) _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Die/Der vorgenannte Ausbilderin/Ausbilder

- ist Rechtsanwältin/Rechtsanwalt im Inland und im bei den Rechtsanwaltskammern geführten Verzeichnis der Ausbildungsrechtsanwälte
 - eingetragen.
 - noch nicht eingetragen. Sie/Er ist bereits seit mindestens drei Jahren zur Rechtsanwaltschaft zugelassen und hat einen Antrag auf Eintragung bei der zuständigen Rechtsanwaltskammer gestellt.

Ich versichere, dass die Rechtsanwältin/der Rechtsanwalt mit meiner Zuweisung für den vorgenannten Zeitraum einverstanden ist.

- ist Notarin oder Notar bzw. bei einem Unternehmen, einem Verband oder bei einer sonstigen Ausbildungsstelle tätig, bei der eine sachgerechte rechtsberatende Ausbildung gewährleistet ist (§ 35 Abs. 4 JAG NRW). Eine schriftliche Erklärung der Ausbilderin oder des Ausbilders über die Ausbildungsbereitschaft im vorgenannten Zeitraum
 - habe ich beigefügt
 - werde ich rechtzeitig nachreichen.

- ist eine ausländische Rechtsanwältin oder ein ausländischer Rechtsanwalt (§ 35 Abs. 5 Satz 2 JAG NRW). Die erforderliche zustellungsbevollmächtigte Person habe ich im Antragsvordruck RefN 52 benannt. Eine schriftliche Erklärung der Ausbilderin oder des Ausbilders über die Ausbildungsbereitschaft im vorgenannten Zeitraum
 - habe ich beigefügt
 - werde ich rechtzeitig nachreichen.

Als Ausbilder für die Rechtsanwaltsstation benenne ich

für die Zeit vom _____ bis _____ :

Ausbilderin/Ausbilder (bitte konkrete Person angeben): _____

gewünschte Ausbildungsstelle:
(Bezeichnung und Postanschrift) _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Die/Der vorgenannte Ausbilderin/Ausbilder

- ist Rechtsanwältin/Rechtsanwalt im Inland und im bei den Rechtsanwaltskammern geführten Verzeichnis der Ausbildungsrechtsanwälte
 - eingetragen.
 - noch nicht eingetragen. Sie/Er ist bereits seit mindestens drei Jahren zur Rechtsanwaltschaft zugelassen und hat einen Antrag auf Eintragung bei der zuständigen Rechtsanwaltskammer gestellt.

Ich versichere, dass die Rechtsanwältin/der Rechtsanwalt mit meiner Zuweisung für den vorgenannten Zeitraum einverstanden ist.

- ist Notarin oder Notar bzw. bei einem Unternehmen, einem Verband oder bei einer sonstigen Ausbildungsstelle tätig, bei der eine sachgerechte rechtsberatende Ausbildung gewährleistet ist (§ 35 Abs. 4 JAG NRW). Eine schriftliche Erklärung der Ausbilderin oder des Ausbilders über die Ausbildungsbereitschaft im vorgenannten Zeitraum
 - habe ich beigefügt
 - werde ich rechtzeitig nachreichen.

- ist eine ausländische Rechtsanwältin oder ein ausländischer Rechtsanwalt (§ 35 Abs. 5 Satz 2 JAG NRW). Die erforderliche zustellungsbevollmächtigte Person habe ich im Antragsvordruck RefN 52 benannt. Eine schriftliche Erklärung der Ausbilderin oder des Ausbilders über die Ausbildungsbereitschaft im vorgenannten Zeitraum
 - habe ich beigefügt
 - werde ich rechtzeitig nachreichen.

Ausbilderbestätigung

(erforderlich **nur** bei den in Ziffer 3 des Hinweisblattes genannten
Ausbildungsstellen)

Ich bin bereit, Frau Rechtsreferendarin/Herrn Rechtsreferendar

in der Zeit vom _____ bis _____ im Rahmen ihrer/seiner
Rechtsanwaltsstation (§ 35 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 JAG NRW) auszubilden.

Ort, Datum:

Unterschrift:

Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften

(nur erforderlich, wenn im hiesigen Bezirk keine Arbeitsgemeinschaften besucht werden können, vgl. Ziffer 4 der Hinweise).

- Meine Ausbildung in der Rechtsanwaltsstation möchte ich (teilweise) zwar im Bundesgebiet, jedoch außerhalb Nordrhein-Westfalens absolvieren.
- Ich möchte gastweise an Arbeitsgemeinschaften im Bezirk des Oberlandesgerichts _____ teilnehmen. Meinen Antrag auf Zuweisung zur Gastarbeitsgemeinschaft habe ich zusammen mit der schriftlichen Zusage des vorgenannten Oberlandesgerichts beigefügt.
- Ich bitte, mich für die vorgenannte Zeit der Ausbildung ausnahmsweise von der Teilnahme an den Arbeitsgemeinschaften für Fortgeschrittene freizustellen. Die diesbezüglichen Hinweise habe ich aufmerksam gelesen und bin mir der Konsequenzen einer solchen Befreiung bewusst. Zur **Begründung meines Antrags** verweise ich auf mein anliegendes Schreiben und die beigefügten Unterlagen.
- Ich möchte meine Ausbildung teilweise im Ausland absolvieren. Daher bitte ich, mich für diese Zeit gemäß §§ 43 Abs. 4 Satz 1, 35 Abs. 5 JAG NRW von der Teilnahme an den Arbeitsgemeinschaften für Fortgeschrittene freizustellen. Die diesbezüglichen Hinweise habe ich aufmerksam gelesen und bin mir der Konsequenzen einer solchen Befreiung bewusst.

Datum Unterschrift

Selbstverpflichtung bei Zahlung von Zusatzvergütungen:

(zur Vorlage bei der Justizverwaltung)

(Name und Anschrift der Ausbildungsstelle)

Ich bilde / Wir bilden Herrn / Frau Rechtsreferendar(in) _____

in _____ vom _____ bis _____ aus.
(Bezeichnung der Station)

Das anliegende Merkblatt zur sozialversicherungsrechtlichen Behandlung von Zusatzvergütungen an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare haben wir / habe ich zur Kenntnis genommen.

Vor dem dort erläuterten Hintergrund geben wir / gebe ich (*bei Anwaltssozietät*: im Namen aller Partner der o.g. Anwaltssozietät / *bei Unternehmen*: im Namen des Trägers der o.g. Ausbildungsstelle) verbindlich die nachfolgende Erklärung ab:

Sollten von mir / von uns an die Rechtsreferendarin bzw. den Rechtsreferendar Zusatzvergütungen gewährt werden, werde ich / werden wir diesen Betrag nicht an die mir / uns zugewiesene Person auszahlen. Statt dessen wird dieser Betrag unmittelbar an das Landesamt für Besoldung und Versorgung NRW (LBV) unter Angabe der Zuweisungskennziffer 97, der Personalnummer der zugewiesenen Person bei dem LBV, des Namens der Rechtsreferendarin bzw. des Rechtsreferendars, und des Zeitraums, für welchen dieser Betrag gezahlt wird, überwiesen.

Beispiel für den Verwendungszweck:

97/M63001234567 Mustermann, Manfred 01.01.2017 bis 31.01.2017

Der dienstvorgesetzten Stelle (Präsidentin bzw. Präsident des Landgerichts) der Rechtsreferendarin bzw. des Rechtsreferendars werden wir / werde ich unmittelbar nach Zusage einer Zusatzvergütung die in Aussicht genommene Höhe der Zusatzvergütung mitteilen.

Die Bankverbindung für die Überweisung an das LBV NRW lautet:

Landesbank Hessen –Thüringen Girozentrale

IBAN: DE51 3005 0000 0004 0066 15

BIC: WELADEDXXX

(Ort und Datum)

(Kanzlei- bzw. Firmenstempel und Unterschrift des Ausbilders)

Sozialversicherungsrechtliche Behandlung von Zusatzvergütungen, die Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren durch Ausbildungsstellen „in der Station“ gezahlt werden.

Merkblatt für Ausbildungsstellen in der Rechtsanwalts- und Wahlstation (außerhalb des öffentlichen Dienstes)

Zusatzvergütungen der Ausbildungsstellen, soweit sie nicht für eine von der Ausbildung unabhängige, gesonderte Beschäftigung gewährt werden, sind steuer- und sozialversicherungsrechtlicher Teil des aus dem Referendarausbildungsverhältnis resultierenden Arbeitsentgelts. In der Regel liegt den geleisteten Zusatzvergütungen kein abgrenzbares, eigenes Beschäftigungsverhältnis zugrunde. Das Land Nordrhein-Westfalen als Arbeitgeber im steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Sinne hat somit die von diesen Stellen geleisteten Zusatzvergütungen bzw. sonstigen geldwerten Zuwendungen in die Berechnung des abzuführenden Gesamtsozialversicherungsbeitrags einzubeziehen und muss die darauf entfallenden Sozialversicherungsabgaben einschließlich der u.U. notwendigen Nachversicherung zur Rentenversicherung durchführen, obwohl es weder auf ihre Gewährung noch ihre Höhe Einfluss hat. Die Rechtsanwaltskanzlei bzw. das beschäftigende Unternehmen, aber auch eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, sind weder berechtigt noch verpflichtet, die Entrichtung dieser Beträge vorzunehmen. Eine abgegebene Freistellungserklärung, mit der die Ausbildungsstelle gegenüber dem Land erklärt, Sozialversicherungsbeiträge auf zusätzliche Vergütungen abzuführen, lässt die Beitragszahlungspflicht des Landes hinsichtlich dieser zusätzlichen Vergütungen nicht entfallen.

Nordrhein-Westfalen hat sich entschlossen, Ausbildungsstellen weiterhin die Möglichkeit zu geben, in Anerkennung besonderer Leistungen „in der Station“ Zusatzvergütungen zu gewähren. Die zusätzlich vom Land aufzubringenden Beiträge zur Sozialversicherung werden durch einen pauschalen Abzug von der Unterhaltsbeihilfe in Höhe von 25 Prozent der von der privaten Ausbildungsstelle erhaltenen Zusatzvergütung refinanziert. Um einer Rechtsreferendarin bzw. einem Rechtsreferendar zukünftig monatlich 450 EUR als zusätzlichen Verdienst zuzuwenden, bedarf es wegen des pauschalen Abzugs damit der Zahlung von 600 EUR. Das stellt im Vergleich zu der bisherigen Handhabung keinen ins Gewicht fallenden finanziellen Unterschied dar, da bislang der Beitrag zu den Sozialversicherungen zusätzlich zu erbringen war (also rund weitere 30% von 450 EUR).

In Fällen, in denen Zusatzvergütungen nicht als monatliche Zahlung erbracht werden, sondern als Einmalzahlung, werden diese auf die gesamte Dauer der Zuweisung umgerechnet. Somit führen Einmalzahlungen zur Kürzung der Unterhaltsbeihilfe während der gesamten Zuweisungszeit und nicht nur im Monat des Zuflusses. Hierdurch wird eine Umgehung verhindert. Zahlt beispielsweise die Ausbildungsstelle 10.000 EUR einmalig für die gesamte Stationsdauer von 10 Monaten, so wird monatlich die zu gewährende Unterhaltsbeihilfe um 250 EUR gekürzt. (25% von 10.000 EUR geteilt durch 10 Monate).

Um die auf die Zusatzvergütung entfallenden Beträge durch das Landesamt für Besoldung und Versorgung NRW (LBV) abzuführen, sind zukünftig die Zusatzvergütungen nicht unmittelbar der Rechtsreferendarin bzw. dem Rechtsreferendar gegenüber auszukehren, sondern an das LBV auf ein speziell für die Rechtsreferendarin bzw. den Rechtsreferendar eingerichtetes Konto. Im Verwendungszweck ist neben dem Begriff „Zusatzvergütung“ anzugeben:

Zuweisungskennziffer 97, die Personalnummer des LBV (der Referendarin bzw. des Referendars), der Name der Rechtsreferendarin oder des Rechtsreferendars und der Zeitraum (Monat), für welchen dieser Betrag gezahlt wird.

Beispiel für den Verwendungszweck (laufende monatliche Zahlung):

97/M63001234567 Mustermann, Manfred 02.2017

Beispiel für den Verwendungszweck (Einmalzahlung):

97/M63001234567 Mustermann, Manfred 02. - 06.2017

Die Bankverbindung für die Überweisung an das LBV NRW lautet:

Landesbank Hessen - Thüringen Girozentrale

IBAN: DE51 3005 0000 0004 0066 15

BIC: WELADEDXXX

Das Land wird diesen Betrag abzüglich der im Lohnsteuerabzugsverfahren anfallenden Beträge sowie der von den Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge an diese auskehren. Für die Ausbildungsstellen hat dies den Vorteil, zukünftig nicht mehr mit der Lohnbuchhaltung für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare befasst sein zu müssen. Die als Zusatzvergütung abgeführten Beträge können als Betriebsausgaben verbucht werden. Da das Land die notwendigen Buchungen und Zahlungen erst vornehmen kann, wenn die Zusatzvergütung tatsächlich eingegangen ist, sollten die Zahlungen bis zum dritten Werktag eines Monats beim LBV eingehen, damit die Auszahlung zusammen mit der Unterhaltsbeihilfe zum Ende dieses Monats erfolgen kann.

Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare haben spätestens drei Monate vor der erwarteten Zuwendung - bei späterer Kenntnis unverzüglich - über diese (beabsichtigte) Zusatzvergütung ihre dienstvorgesetzte Stelle (Präsidentin bzw. Präsident des Landgerichts) zu informieren.

Im Rahmen einer von der Zuweisung unabhängigen Nebentätigkeit erzielte Vergütungen bleiben hiervon unberührt. In diesem Fall ist Arbeitgeber im sozialversicherungsrechtlichen Sinne ausschließlich der Träger der Stelle, bei der die Nebentätigkeit ausgeübt wird.

Die erforderliche Erklärung der Ausbilderinnen und Ausbilder zur Bereitschaft zur Zahlung einer Zusatzvergütung ausschließlich an das LBV ist durch Unterzeichnung eines Vordrucks abzugeben, der von der Stammdienststelle (Präsidentin bzw. Präsident des Landgerichts) und von der Präsidentin bzw. dem Präsidenten des Oberlandesgerichts zur Verfügung gestellt wird.

(Stand: 05.07.2017)

Sozialversicherungsrechtliche Behandlung von Zusatzvergütungen, die Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren durch Ausbildungsstellen „in der Station“ gezahlt werden.

Merkblatt für Ausbildungsstellen innerhalb des öffentlichen Dienstes

Zusatzvergütungen der Ausbildungsstellen, soweit sie nicht für eine von der Ausbildung unabhängige, gesonderte Beschäftigung gewährt werden, sind steuer- und sozialversicherungsrechtlicher Teil des aus dem Referendarausbildungsverhältnis resultierenden Arbeitsentgelts. In der Regel liegt den geleisteten Zusatzvergütungen kein abgrenzbares, eigenes Beschäftigungsverhältnis zugrunde. Das Land Nordrhein-Westfalen als Arbeitgeber im steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Sinne hat somit die von diesen Stellen geleisteten Zusatzvergütungen bzw. sonstigen geldwerten Zuwendungen in die Berechnung des abzuführenden Gesamtsozialversicherungsbeitrags einzubeziehen und muss die darauf entfallenden Sozialversicherungsabgaben einschließlich der u.U. notwendigen Nachversicherung zur Rentenversicherung durchführen, obwohl es weder auf ihre Gewährung noch ihre Höhe Einfluss hat. Der Träger der Ausbildungsstelle ist weder berechtigt noch verpflichtet, die Entrichtung dieser Beträge vorzunehmen.

Die zusätzlich vom Land aufzubringenden Beiträge zur Sozialversicherung werden durch einen pauschalen Abzug von der Unterhaltsbeihilfe in Höhe von 25 Prozent der von der privaten Ausbildungsstelle erhaltenen Zusatzvergütung refinanziert. Um sicherzustellen, dass alle Zusatzvergütungen gleich behandelt werden, erfolgt die Anrechnung unabhängig davon, von welcher Stelle sie geleistet wird, also auch dann, wenn sie innerhalb des öffentlichen Dienstes erbracht wird. Um einer Rechtsreferendarin bzw. einem Rechtsreferendar zukünftig monatlich 450 EUR als zusätzlichen Verdienst zuzuwenden, bedarf es wegen des pauschalen Abzugs damit der Zahlung von 600 EUR.

In Fällen, in denen Zusatzvergütungen nicht als monatliche Zahlung erbracht werden, sondern als Einmalzahlung, werden diese auf die gesamte Dauer der Zuweisung umgerechnet. Somit führen Einmalzahlungen zur Kürzung der Unterhaltsbeihilfe während der gesamten Zuweisungszeit und nicht nur im Monat des Zuflusses. Hierdurch wird eine Umgehung verhindert.

Um die auf die Zusatzvergütung entfallenden Beträge durch das Landesamt für Besoldung und Versorgung NRW (LBV) abzuführen, sind zukünftig die Zusatzvergütungen nicht unmittelbar der Rechtsreferendarin bzw. dem Rechtsreferendar gegenüber auszukehren, sondern an das LBV auf ein speziell für die Rechtsreferendarin bzw. den Rechtsreferendar eingerichtetes Konto. Im Verwendungszweck ist neben dem Begriff „Zusatzvergütung“ anzugeben:

Zuweisungskennziffer 97, die Personalnummer des LBV (der Referendarin bzw. des Referendars), der Name der Rechtsreferendarin oder des Rechtsreferendars und der Zeitraum (Monat), für welchen dieser Betrag gezahlt wird.

Beispiel für den Verwendungszweck (laufende monatliche Zahlung):

97/M63001234567 Mustermann, Manfred 02.2017

Beispiel für den Verwendungszweck (Einmalzahlung):

97/M63001234567 Mustermann, Manfred 02. - 06.2017

Die Bankverbindung für die Überweisung an das LBV NRW lautet:

Landesbank Hessen - Thüringen Girozentrale

IBAN: DE51 3005 0000 0004 0066 15

BIC: WELADEDXXX

Das Land wird diesen Betrag abzüglich der im Lohnsteuerabzugsverfahren anfallenden Beträge sowie der von den Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge an diese auskehren. Für die Ausbildungsstellen hat dies den Vorteil, zukünftig nicht mehr mit der Lohnbuchhaltung für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare befasst sein zu müssen. Da das Land die notwendigen Buchungen und Zahlungen erst vornehmen kann, wenn die Zusatzvergütung tatsächlich eingegangen ist, sollten die Zahlungen bis zum dritten Werktag eines Monats beim LBV eingehen, damit die Auszahlung zusammen mit der Unterhaltsbeihilfe zum Ende dieses Monats erfolgen kann.

Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare haben spätestens drei Monate vor der erwarteten Zuwendung - bei späterer Kenntnis unverzüglich - über diese (beabsichtigte) Zusatzvergütung ihre dienstvorgesetzte Stelle (Präsidentin bzw. Präsident des Landgerichts) zu informieren.

Im Rahmen einer von der Zuweisung unabhängigen Nebentätigkeit erzielte Vergütungen bleiben hiervon unberührt. In diesem Fall ist Arbeitgeber im sozialversicherungsrechtlichen Sinne ausschließlich der Träger der Stelle, bei der die Nebentätigkeit ausgeübt wird.

(Stand: 05.07.2017)

Sozialversicherungsrechtliche Behandlung von Zusatzvergütungen, die Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare von Ausbildungsstellen „in der Station“ erhalten

Merkblatt für Referendarinnen und Referendare

Einige Ausbildungsstellen gewähren Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren in Anerkennung ihrer guten Dienste für eine in den Ausbildungsrichtlinien vorgesehene Tätigkeit zusätzlich zu der gewährten Unterhaltsbeihilfe eine Zusatzvergütung, sei es z.B. in Form eines monatlichen Zuschusses oder als Einmalzahlung am Ende der Ausbildung.

Arbeitgeber im steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Sinne ist auch in Bezug auf die Zusatzvergütungen das Land Nordrhein-Westfalen. Die Zusatzvergütungen sind steuer- und sozialversicherungsrechtlicher Teil des aus dem Referendarausbildungsverhältnis resultierenden Arbeitsentgelts. Als Arbeitgeber im sozialversicherungsrechtlichen Sinne hat das Land Nordrhein-Westfalen daher die auf die Zusatzvergütungen entfallenden Steuer- und Sozialversicherungsabgaben abzuführen einschließlich der u.U. notwendigen Nachversicherung zur Rentenversicherung.

Nordrhein-Westfalen will Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren auch in Zukunft die Möglichkeit geben, in Anerkennung besonderer Leistungen "in der Station" Zusatzvergütungen von ihren Ausbildungsstellen zu beziehen. Um dies steuer- und sozialversicherungsrechtlich ordnungsgemäß abwickeln zu können, ist allerdings die bisherige Praxis umzustellen.

Die zuständigen Ausbildungsbehörden in Nordrhein-Westfalen werden Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare für die Verwaltungsstation, Rechtsanwaltsstation, Wahlstation und den Ergänzungsvorbereitungsdienst Ausbilderinnen und Ausbilder grundsätzlich nur unter der Voraussetzung zuweisen, dass diese bereit sind, etwaige Zusatzvergütungen unmittelbar an das Landesamt für Besoldung und Versorgung NRW (LBV) zu zahlen. Das Land wird diesen Betrag abzüglich der im Lohnsteuerabzugsverfahren anfallenden Beträge sowie der von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge an die Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare auskehren. Dadurch entfällt die bisherige Übernahme der Verpflichtung zur Freistellung oder zur übernehmenden Zahlung der auf diesen Betrag entfallenden Sozialversicherungsabgaben. Aufgrund der Zahlung der Zusatzvergütung wird den Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren die gewährte Unterhaltsbeihilfe (Bruttobetrag) in Höhe von pauschal 25% der Zusatzvergütung gekürzt. Die Kürzung geschieht pauschal und unabhängig von der konkreten Belastung des Landes durch die Gewährung der Zusatzvergütung aufgrund einer späteren Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung und der Übernahme der Arbeitgeberanteile in den übrigen Zweigen der Sozialversicherung.

Beispiel:

Der Referendar – unverheiratet, keine Kinder – erhält eine Unterhaltsbeihilfe in Höhe von derzeit rund 1.190 EUR (brutto). Zusätzlich erhält er während der Anwaltsstation von seiner Ausbilderin eine monatliche Zusatzvergütung von 400 EUR (brutto). Die Ausbilderin zahlt die 400 EUR an das LBV. Der von dort auszahlende Betrag errechnet sich wie folgt:

| | |
|---------------------|----------------------------|
| Zusatzvergütung: | 400 EUR (brutto) |
| Unterhaltsbeihilfe: | 1.190 EUR |
| Kürzungsbetrag | 100 EUR (25 % von 400 EUR) |

Gesamt (Brutto)

1.490 EUR

darauf entfallende Lohnsteuer und Sozialversicherungsabgaben (Arbeitnehmeranteil)

ca. 260 EUR (ohne Kirchensteuer und Zusatzbeitrag Krankenversicherung)

Nettoauszahlungsbetrag: ca. 1.230 EUR

Hierdurch entsteht für Ausbildungsstellen und Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare kein zusätzlicher Aufwand. Einmalzahlungen oder unregelmäßige Zuwendungen gelten zum Zwecke der Anrechnung in Höhe von dem den Monaten der Zuweisung zur Station entsprechenden Anteil als monatlich erzielt Einkommen (gezahlter Betrag geteilt durch die Anzahl der Monate der Zuweisung = Ausgangswert für den monatlichen Anrechnungsbetrag).

Von Seiten der Ausbildungsstellen sollten Zusatzvergütungen bis zum dritten Werktag eines Monats bei dem LBV eingehen, da nur so sichergestellt werden kann, dass die Auszahlung zum Ende dieses Monats mit der Unterhaltsbeihilfe geleistet werden wird.

Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare haben **spätestens drei Monate** vor der erwarteten Zuwendung - bei späterer Kenntnis unverzüglich - über diese (beabsichtigte) Zusatzvergütung ihre dienstvorgesetzte Stelle (Präsidentin oder Präsident des Landgerichts) zu informieren.

Im Rahmen einer von der Zuweisung unabhängigen **Nebentätigkeit** erzielte Vergütungen bleiben hiervon unberührt. In diesem Fall ist Arbeitgeber im steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Sinne ausschließlich der Träger der Stelle, bei der die Nebentätigkeit ausgeübt wird, z.B. die Rechtsanwältin oder der Rechtsanwalt während der Verwaltungsstation. Insofern verbleibt es bei der bisherigen Regelung zur Anrechnung.

Die erforderliche Erklärung der Ausbilderinnen und Ausbilder zur Bereitschaft zur Zahlung einer Zusatzvergütung ausschließlich an das LBV ist durch Unterzeichnung eines Vordrucks abzugeben, der von den Stammdienststelle (Präsidentin oder Präsidentin der Landgerichte) und von der Präsidentin bzw. dem Präsidenten der Oberlandesgerichte zur Verfügung gestellt wird. Bei Zuweisung zu einer Stelle innerhalb des öffentlichen Dienstes einschließlich der Körperschaften des öffentlichen Rechts wird auf die Abgabe einer derartigen Erklärung verzichtet.

(Stand: 05.07.2017)

Sozialversicherungsrechtliche Behandlung des Einkommens bei einer Tätigkeit im Ausland

Merkblatt für Referendarinnen und Referendare

Bei einer Tätigkeit innerhalb einer Ausbildungsstation im Ausland unterliegen Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare grundsätzlich der deutschen Sozialversicherungspflicht. Das gilt für die Unterhaltsbeihilfe, aber auch für vor Ort geleistete Zusatzvergütungen für Tätigkeiten innerhalb der Ausbildungsrichtlinien. Letzteres ist Konsequenz der sozialgerichtlichen Rechtsprechung, wonach diese Zusatzvergütungen Teil des aus dem Ausbildungsverhältnis resultierenden Arbeitsentgelts bilden.

Ob darüber hinaus **auch** eine Sozialversicherungspflicht des anderen Staates für den zusätzlichen Verdienst oder auch die Unterhaltsbeihilfe besteht, ist unterschiedlich zu beurteilen.

- Innerhalb der Mitgliedstaaten der EU sowie Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz gilt, dass ausschließlich deutsches Sozialversicherungsrecht Anwendung findet (Artikel 11 Absatz 3 lit. b) bzw. Artikel 12 Absatz 1 VO (EG) 883/2004).

- Darüber hinaus hat die Bundesrepublik Deutschland mit zahlreichen Staaten Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen. Danach wird häufig für Fälle der Entsendung vereinbart, dass ausschließlich deutsches Sozialversicherungsrecht Anwendung findet. Viele bilaterale Abkommen beziehen sich allerdings auch nur auf einzelne Zweige der Sozialversicherung. Merkblätter zu den einzelnen Staaten finden sich auf der Homepage der DVKA (Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung Ausland).

- Im Übrigen kann es bei Fehlen entsprechender Abkommen (oder nur teilweiser Regelungen) im Einzelfall zu einer doppelten Versicherungspflicht kommen.

Um zu vermeiden, dass es auch in Fällen, in denen keine doppelte Versicherungspflicht besteht, zu einer Pflicht zur Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen in zwei Staaten kommt, müssen bei der zuständigen Krankenkasse oder der DVKA je nach Sachverhalt unterschiedliche Unterlagen beantragt werden:

Für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, die ins Ausland entsandt werden und

- die ihre Ausbildungsstation im europäischen Ausland (EU/EWR-Raum/Schweiz) wahrnehmen, ist eine „**Bescheinigung über die anzuwendenden Rechtsvorschriften (Vordruck A1)**“ zu beantragen; der Antrag ist bei der gesetzlichen Krankenkasse zu stellen,
- die ihre Ausbildungsstation im außereuropäischen Ausland in solchen Staaten wahrnehmen, mit denen ein Sozialversicherungsabkommen besteht, ist die Ausstellung einer „**Bescheinigung über die Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften**“ in der Sozialversicherung – abhängig vom jeweiligen Land der Ausbildungsstation - bei der gesetzlichen Krankenkasse oder bei der Deutschen Verbindungsstelle Krankenversicherung Ausland (DVKA) zu beantragen.

Zur Stellung des erforderlichen Antrags ist von der Rechtsreferendarin oder dem Rechtsreferendar der jeweils zutreffende Vordruck auf der Internetseite der DVKA herunterzuladen und bzgl. des jeweiligen Adressaten, der Angaben zur Person (insbesondere auch der Rentenversicherungsnummer) und zu der ausländischen Ausbildungsstelle vorauszufüllen. Sodann ist dieses vorausgefüllte Formular bei der Stammdienststelle (Präsidentin oder Präsident des Landgerichts) mit der Bitte um Vervollständigung und Weiterleitung an die gesetzliche Krankenkasse bzw. die DVKA (der jeweilige Adressat ergibt sich aus den Antragsformularen) einzureichen.

Die sodann von der gesetzlichen Krankenkasse bzw. der DVKA ausgestellte Bescheinigung über die Anwendung deutschen Sozialversicherungsrechts muss von der Rechtsreferendarin oder dem Rechtsreferendar dem LBV in Kopie zur Übernahme in das Lohnkonto übersandt werden. Dies erfolgt auf dem Dienstweg, indem eine Kopie der Bescheinigung bei der Stammdienststelle eingereicht wird. Die Stammdienststelle wird die Kopie an das LBV weiterleiten.

Die Stellung des erforderlichen Antrags erfolgt ausschließlich im Interesse und Verantwortung der Rechtsreferendarin oder des Rechtsreferendars.

Weitere Auskünfte zur Frage der Sozialversicherungspflicht erteilen die gesetzlichen Krankenkassen sowie die DVKA (www.DVKA.de).